



*Katrin Böttger / Mathias Jopp (Hrsg.)*

# Handbuch zur deutschen Europapolitik

Katrin Böttger/Mathias Jopp (Hrsg.)  
Handbuch zur deutschen Europapolitik

Schriftenreihe Band 10093

Katrin Böttger / Mathias Jopp (Hrsg.)

# Handbuch zur deutschen Europapolitik

Gabriele Abels · Peter Becker · Timm Beichelt · Ansgar Belke · Katrin Böttger · Christian Calliess · Christian Dreger · Henrik Enderlein · Severin Fischer · Katharina Gnath · Daniel Göler · Martin Große Hüttmann · Ines Hartwig · Jörg Haas · Sven Hölscheidt · Rudolf Hrbek · Helge Jörgens · Mathias Jopp · Annette Jünemann · Henning Klodt · Wilhelm Knelangen · Michael Kreile · Ulrich Krotz · Agnieszka Lada · Barbara Lippert · Andreas Maurer · Stormy-Annika Mildner · Almut Möller · Gisela Müller-Brandeck-Bocquet · Oskar Niedermayer · Hans-Wolfgang Platzer · René Repasi · Barbara Saerbeck · Joachim Schild · Cara Catharina Stauß · Roland Sturm · Funda Tekin · Thomas von Winter

Hinweise zu den Autorinnen und Autoren finden sich auf S. 597 ff.

Das Handbuch zur deutschen Europapolitik wird freundlicherweise vom Auswärtigen Amt gefördert.

Das Institut für Europäische Politik (IEP) ist ein strategischer Partner der Europäischen Kommission und wird von ihr finanziell unterstützt. Für die Inhalte zeichnet alleine das IEP verantwortlich.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Bonn 2017

Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung  
Adenauerallee 86, 53113 Bonn

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden

Umschlaggestaltung: Naumilkat – Agentur für Kommunikation und Design, Düsseldorf

Umschlagfoto: © Prisma/Zoonar/Adelheid Möl

Redaktion: Julia Klein M.A.

Satz: Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden

Druck und Bindung: Druckhaus Nomos, Sinzheim

ISBN 978-3-7425-0093-9

[www.bpb.de](http://www.bpb.de)

# Inhaltsverzeichnis

## I. Einleitung

Grundlinien deutscher Europapolitik .....	13
<i>Katrin Böttger / Mathias Jopp</i>	

## II. Grundlagen und Konzepte

Leitbilder deutscher Europapolitik .....	31
<i>Martin Große Hüttmann</i>	
Deutschlands konstitutionelle Europapolitik .....	45
<i>Daniel Göler / Mathias Jopp</i>	
Die Europäisierung des deutschen Regierungssystems .....	61
<i>Roland Sturm</i>	
Der wirtschaftliche Nutzen Europas für Deutschland .....	77
<i>Christian Dreger</i>	

## III. Innenpolitische Bestimmungsfaktoren und Akteure

Bundesregierung: Entscheidungsprozesse und europapolitische Koordinierung .....	93
<i>Timm Beichelt</i>	
Die Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestages in europapolitischen Angelegenheiten .....	105
<i>Sven Hölscheidt</i>	
Die Rolle des Bundestages in der deutschen Europapolitik aus politologischer Perspektive .....	115
<i>Gabriele Abels</i>	
Die Rolle der Länder und des Bundesrates in der deutschen Europapolitik .....	131
<i>Rudolf Hrbek</i>	
Die Rolle des Grundgesetzes und des Bundesverfassungsgerichts .....	149
<i>Christian Calliess</i>	
Deutsche Parteien und Europa .....	171
<i>Oskar Niedermayer</i>	
Die Europapolitik der deutschen Interessenverbände .....	187
<i>Thomas von Winter</i>	
Ende des europapolitischen Gleichklangs? Die öffentliche Meinung zur europäischen Integration in Deutschland .....	201
<i>Wilhelm Knelangen</i>	

## IV. Ausgewählte EU-interne Politikbereiche

Zwischen Zuchtmeister und Zahlmeister – Deutsche Europapolitik und die europäischen Finanzverhandlungen .....	217
<i>Peter Becker</i>	

Redistributive EU-Politiken aus deutscher Sicht .....	231
<i>Ines Hartwig / Andreas Maurer</i>	
Deutschland und die Stabilität der Wirtschafts- und Währungsunion.....	247
<i>Henrik Enderlein / Katharina Gnath / Jörg Haas</i>	
Die WWU als Prozess ‚grand political bargains‘ zwischen Deutschland und seinen EU-Partnern.....	261
<i>Ansgar Belke</i>	
Deutsche Prioritäten hinsichtlich Binnenmarkt und Wettbewerbspolitik .....	281
<i>Henning Klodt</i>	
Deutsche Positionen in den verbraucherschützenden Politiken .....	291
<i>René Repasi / Cara Catharina Stauß</i>	
Deutsche Interessen und Prioritäten in der europäischen Umweltpolitik .....	305
<i>Helge Jörgens / Barbara Saerbeck</i>	
Die deutsche Energiewende in der Europapolitik .....	317
<i>Severin Fischer</i>	
Deutschland und die Europäische Sozialpolitik .....	329
<i>Hans-Wolfgang Platzer</i>	
Europapolitische Prioritäten Deutschlands in den Bereichen Innere Sicherheit, Asyl- und Einwanderungspolitik .....	341
<i>Funda Tekin</i>	

#### **V. Ausgewählte externe EU-Politiken**

Deutsche Interessen in der europäischen Handelspolitik. Deutschland – das Zünglein an der Waage? .....	357
<i>Stormy-Annika Mildner</i>	
Deutsche Prioritäten für Europas Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik .....	377
<i>Gisela Müller-Brandeck-Bocquet</i>	
Die Bundesrepublik Deutschland und die Erweiterung der Europäischen Union .....	393
<i>Barbara Lippert</i>	
Deutschland, die Östliche Partnerschaft und Russland .....	407
<i>Katrin Böttger</i>	
Deutschland und die europäische Mittelmeerpolitik .....	421
<i>Annette Jünemann</i>	

#### **VI. Bilaterale Beziehungen in der Europäischen Union**

Frankreich – unverzichtbarer Partner deutscher Europapolitik .....	435
<i>Ulrich Krotz / Joachim Schild</i>	
Konvergenzen und Divergenzen im Verhältnis zu Großbritannien .....	449
<i>Almut Möller</i>	
Deutsch-italienische Renaissance? .....	457
<i>Michael Kreile</i>	

Die bilateralen Beziehungen Polens mit Deutschland und das Weimarer Dreieck – eine polnische Sichtweise.....	473
<i>Agnieszka Łada</i>	

**VII. Anhang**

Chronologie deutscher Europapolitik .....	489
Gesamtliteraturverzeichnis .....	511
Ausgewählte Literatur zur deutschen Europapolitik.....	569
Abkürzungen.....	571
Personenverzeichnis.....	579
Stichwortverzeichnis.....	581
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren.....	597

# Grundlinien deutscher Europapolitik

Katrin Böttger / Mathias Jopp

Dieser einleitende Beitrag zeichnet die im vorliegenden Buch herausgearbeiteten Grundlinien deutscher Europapolitik nach, die selbst bei einer unverkennbar pragmatischeren Ausrichtung immer noch einen erstaunlich konstanten Verlauf aufweisen.<sup>1</sup> Sie geben trotz Migrations- und Grenzsicherungsproblematik, der immer noch nachwirkenden Finanz- und Schuldenkrise und trotz des Austritts Großbritanniens aus der Europäischen Union einen soliden Rahmen vor, innerhalb dessen sich deutsche Europapolitik fortentwickelt und selbst mit multiplen Krisen umgehen kann. Vor allem verdeutlicht dieses Buch eindringlich, wie wichtig die Europäische Union für Deutschland ist und wie Deutschland heute in einer globalisierten Welt gerade in der und durch die Europäische Union an Handlungsfähigkeit gewinnt.

Ausgangspunkt für die Idee zu diesem Handbuch war es, in Zeiten wachsender Europaskepsis die Bedeutung der europäischen Integration für die realpolitische Wirklichkeit in Deutschland herauszuarbeiten und den Einfluss Deutschlands auf die Entwicklung der Europäischen Union sowie ihre konkreten Entscheidungsprozesse zu erläutern. Das Handbuch schließt dabei eine Lücke. Denn es gibt zwar ein Handbuch zur deutschen Außenpolitik,<sup>2</sup> das an ein 40 Jahre altes ähnlich lautendes Standardwerk<sup>3</sup> anknüpft und „Europäische Union und deutsche Europapolitik“<sup>4</sup> auf 15 Seiten abhandelt, sowie zwei Bände zur deutschen Außenpolitik, welche die Europapolitik etwas ausführlicher darstellen.<sup>5</sup> Auch gibt es gerade in jüngerer Zeit exklusiv der deutschen Europapolitik gewidmete Publikationen, die sich mit einer bestimmten These, Theorie oder Fragestellung der Politikwissenschaft beschäftigen oder deutsche Europapolitik anhand zeitgeschichtlicher Linien beziehungsweise Kanzlerepochen nachzeichnen.<sup>6</sup> Eine strukturell und systematisch

- 
- 1 Vgl. hierzu den älteren IEP-Band: Heinrich Schneider/Mathias Jopp/Uwe Schmalz (Hrsg.): Eine neue deutsche Europapolitik? Rahmenbedingungen – Problemfelder – Optionen, Bonn 2001.
  - 2 Vgl. Siegmund Schmidt/Gunther Hellmann/Reinhard Wolf (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden 2007.
  - 3 Vgl. Hans-Peter Schwarz (Hrsg.): Handbuch der deutschen Außenpolitik, München 1975.
  - 4 Josef Janning: Europäische Union und deutsche Europapolitik, in: Schmidt/Hellmann/Wolf (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik, 2007, S. 747-762.
  - 5 Vgl. Ulrich Roos: Deutsche Außenpolitik. Eine Rekonstruktion der grundlegenden Handlungsregeln, Wiesbaden 2010, S. 209-270; Sven Bernhard Gareis: Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik. Eine Einführung, 2. Aufl., Opladen 2006, S. 97-128.
  - 6 Vgl. Timm Beichelt: Deutschland und Europa. Die Europäisierung des politischen Systems, 2. Aufl., Wiesbaden 2015; Heinrich Sturm/Roland Pehle: Das neue deutsche Regierungssystem. Die Europäisierung von Institutionen, Entscheidungsprozessen und Politikfeldern in der Bundesrepublik Deutschland, 3. Aufl., Wiesbaden 2012; Hanns Jürgen Küsters (Hrsg.): Deutsche Europapolitik Christlicher Demokraten. Von Konrad Adenauer bis Angela Merkel (1945-2013), Düsseldorf 2013; Jan Grünhage: Entscheidungsprozesse in der Europapolitik Deutschlands. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, Baden-Baden, 2007; Gisela Müller-Brandeck-Bocquet et al.: Deutsche Europapolitik von Adenauer bis Merkel, 2. Aufl., Wiesbaden 2010.

angelegte Gesamtdarstellung fehlte aber bislang. Genau dieses Defizit auszugleichen, ist Ziel und Aufgabe des Handbuchs zur deutschen Europapolitik.

Mit seinem interdisziplinären Ansatz und seiner Fülle von Fakten und Daten soll das Handbuch eine Kombination aus Nachschlagewerk und vertiefender Problemanalyse sein. Es kann sowohl in der Wissenschaft (Forschung, Lehre und Studium) als auch in der Praxis in der Lehrerausbildung, an Schulen, in Parteien, Wirtschaft und Verwaltung sowie in zivilgesellschaftlichen Organisationen und Interessengruppen als reichhaltige Informationsquelle und verlässlicher Begleiter fungieren. Die Leserinnen und Leser erhalten einen schnellen, aber dennoch wissenschaftlich fundierten Überblick über Grundlagen und Konzepte deutscher Europapolitik, innenpolitische Bestimmungsfaktoren und Akteure, interne und externe EU-Politiken und ausgewählte bilaterale Beziehungen Deutschlands innerhalb der Europäischen Union.

Im Einzelnen lassen sich anhand der in diesem Buch versammelten Beiträge folgende Grundlinien deutscher Europapolitik herausarbeiten:

### **Politisierung der deutschen Europapolitik**

Die Politisierung der Europapolitik ist in Deutschland wie in der gesamten Europäischen Union heute unverkennbar, der Trend dazu setzte aber schon Ende der 1980er Jahre und dann Anfang der 1990er Jahre mit der Ratifizierung des Vertrags von Maastricht ein. Der Integrationsschub durch den Binnenmarkt,<sup>7</sup> der viele Bereiche des täglichen Lebens in Wirtschaft und Gesellschaft veränderte,<sup>8</sup> die beschlossene Einführung des Euro<sup>9</sup> und die Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen im Rat der Europäischen Union bei gleichzeitiger Aufwertung des Europäischen Parlaments, ohne die schleichende Relativierung der nationalen Parlamente<sup>10</sup> völlig kompensieren zu können, veränderten in Politik und Öffentlichkeit allmählich die Aufmerksamkeit gegenüber der Europäischen Union. EU-Themen wurden vermehrt und kontroverser in der Öffentlichkeit diskutiert, als dies zuvor der Fall war. Aus einem ‚permissive consensus‘ wurde in vielen Fällen ein ‚constraining dissensus‘.<sup>11</sup> Schließlich wirkten sich die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (BverfG),<sup>12</sup> die Debatten über den Euro, die Daseinsvorsorge und das Subsidiaritätsprinzip<sup>13</sup> schon während der Vertragsreformen von Amsterdam (1997) und Nizza (2000/2001) in politisierendem Sinne aus. Zum Beginn der 2000er Jahre setzte eine Phase verbesserter Zustimmungswerte zur Europäischen Union in Deutschland durch die Verabschiedung der Europäischen Grundrechtecharta und den europäischen Verfassungsprozess sowie durch

---

7 Vgl. in diesem Buch Henning Klodt: Deutsche Prioritäten hinsichtlich Binnenmarkt und Wettbewerbspolitik, S. 281-290.

8 Vgl. in diesem Buch Thomas von Winter: Die Europapolitik der deutschen Interessenverbände, S. 187-200.

9 Vgl. in diesem Buch Hendrik Enderlein/Jörg Haas/Katharina Gnath: Deutschland und die Stabilität der Wirtschafts- und Währungsunion, S. 247-260.

10 Vgl. in diesem Buch Sven Hölscheidt: Die Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestages in europapolitischen Angelegenheiten, S. 105-114, sowie Gabriele Abels: Die Rolle des Bundestages in der deutschen Europapolitik aus politologischer Perspektive, S. 115-130.

11 Vgl. in diesem Buch Wilhelm Knelangen: Ende des europapolitischen Gleichklangs? Die öffentliche Meinung zur europäischen Integration in Deutschland, S. 201-214.

12 Vgl. in diesem Buch Christian Calliess: Die Rolle des Grundgesetzes und des Bundesverfassungsgerichts, S. 149-170.

13 Vgl. in diesem Buch Rudolf Hrbek: Die Rolle der Länder und des Bundesrates in der deutschen Europapolitik, S. 131-148.

die erfolgreiche Euroeinführung ein. Politische Kontroversen über europäische Politik brachen aber nicht ab, was einerseits mit dem Scheitern des Verfassungsvertrags im Jahre 2005 in Zusammenhang stand, andererseits aber mit intensiven öffentlichen Debatten über die Sekundärrechtssetzung der Europäischen Union, wie sich am Beispiel der ausgeprägten Kontroversen über die Dienstleistungsrichtlinie zeigte. Der Ausbruch der Finanz- und Schuldenkrise schlug sich dann in einem deutlichen Rückgang in der Zustimmung der Deutschen zur Europäischen Union nieder. Die Notwendigkeit zur Verabschiedung diverser Rettungspakete ab 2010, die einsetzenden Debatten über das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP<sup>14</sup> und schließlich die Flüchtlingskrise<sup>15</sup> im Jahre 2015 führten vollends zur Zunahme skeptischer Stimmen über Europa und einer entsprechend starken Politisierung der Europapolitik. Europapolitik ist deshalb heute in bisher nicht gekanntem Ausmaß Bestandteil von Innenpolitik geworden. Sie kann nicht länger nur als Domäne der Exekutive angesehen werden und erfordert in der alltäglichen Praxis weit mehr an Begründung und Überzeugungsarbeit als jemals zuvor. Hinzu kommt in einer für Deutschland lange Zeit unüblichen Weise das Auftreten einer dezidiert europaskeptischen Partei, der Alternative für Deutschland (AfD). Diese rechtspopulistische, nationalkonservative Partei konnte bei einigen Landtagswahlen erstaunliche Erfolge erzielen und liegt in den Umfragewerten auf Bundesebene bei 8 bis 11 Prozent.<sup>16</sup> Sie droht dadurch zu einer ernst zu nehmenden Kraft in der Politik zu werden, was nicht ohne Auswirkung auf den europapolitischen Diskurs in Deutschland bleibt.

### Leitbilder deutscher Europapolitik

Um deutsche Europapolitik verstehen zu können, bedarf es eines Blickes auf ihre grundlegenden Zielperspektiven. Vieles in der Politik mag der Öffentlichkeit als Ad-hoc-Entscheidung erscheinen, geboren aus der Situation heraus und geschuldet dem Takt von Landtags- und Bundestagswahlen. Doch das, was in einer spezifischen Situation ‚gemacht‘ wird, orientiert sich in der Regel an übergeordneten Vorstellungen über Deutschland und Europa sowie der Stellung Deutschlands auf unserem Kontinent wie auch im Konzert der Weltmächte.<sup>17</sup> Für Deutschland bedeutet dies aufgrund seiner Geschichte und zweier Weltkriege in seiner Außen- wie Europapolitik die Orientierung an Aussöhnung durch Integration (vor allem mit Frankreich, aber auch mit Polen) und an einem Selbstverständnis als Zivilmacht und Handelsstaat<sup>18</sup> mit einer festen Verankerung in der Gemeinschaft der westlichen Demokratien. Gerade die ökonomische Integrationsdimension mit dem Ziel der Wohlstandssteigerung deckte sich mit diesem Selbstverständnis, insbesondere mit Blick

---

14 Vgl. in diesem Buch Stormy-Annika Mildner: Deutsche Interessen in der europäischen Handelspolitik. Deutschland – das Zünglein an der Waage?, S. 357-376.

15 Vgl. in diesem Buch Funda Tekin: Europapolitische Prioritäten Deutschlands in den Bereichen Innere Sicherheit, Asyl- und Einwanderungspolitik, S. 341-354.

16 Vgl. in diesem Buch Oskar Niedermayer: Deutsche Parteien und Europa, S. 171-186; infratest dimap: Sonntagsfrage (bundesweit) vom 24.3.2017, abrufbar unter: <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/sonntagsfrage/> (letzter Zugriff: 6.4.2017).

17 Vgl. in diesem Buch Martin Große Hüttmann: Leitbilder deutscher Europapolitik, S. 31-44.

18 Vgl. in diesem Buch Gisela Müller-Brandeck-Bocquet: Deutsche Prioritäten für Europas Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, S. 377-392; Hanns Maull: „Zivilmacht“: Ursprünge und Entwicklungspfade eines umstrittenen Konzeptes, in: Sebastian Harnisch/Joachim Schild (Hrsg.): Deutsche Außenpolitik und internationale Führung. Ressourcen, Praktiken und Politiken in einer veränderten Europäischen Union, Baden-Baden 2014, S. 121-147.

auf den Binnenmarkt und die gemeinsame Handelspolitik, von denen Deutschland im Vergleich zu vielen anderen EU-Staaten überdurchschnittlich profitiert.<sup>19</sup> Die Zurückhaltung gegenüber militärischen Auslandseinsätzen, auch im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), passt in dieses Bild.

Hinsichtlich der Ausgestaltung des wirtschaftlichen Rahmens des EU-Binnenmarkts wie der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) folgte deutsche Politik ebenfalls klaren Leitbildern, die sich an ordoliberalen Vorstellungen von Markt, Wettbewerbs- und Währungsordnung orientieren.<sup>20</sup> Hierzu gehören eine unabhängige Wettbewerbsbehörde, hier die Europäische Kommission, und eine auf das Prinzip der Preisniveaustabilität verpflichtete unabhängige Europäische Zentralbank (EZB) nebst Zuordnung von Haftungsrisiken bei den Mitgliedstaaten. Das Agieren der Bundesregierung während des gesamten Krisenmanagements in der Eurozone ist zu einem guten Teil vor diesem Hintergrund zu erklären.<sup>21</sup>

Innerhalb dieses generellen Handlungsrahmens deutscher Außen- und Europapolitik gibt es jedoch spezifische Zielvorstellungen für den europäischen Integrationsprozess.<sup>22</sup> Während hierbei das Leitbild der ‚Vereinigten Staaten von Europa‘ von den Anfängen der europäischen Integration bis in die frühen 1990er Jahre tonangebend war,<sup>23</sup> verblasst seitdem die Vorstellung von einer bundesstaatlichen Ordnung Europas.<sup>24</sup> Das Maastricht-Urteil des BVerfG und die darin enthaltene Qualifizierung der Europäischen Union als Staatenverbund haben ihre Spuren hinterlassen.<sup>25</sup> Dominierend blieb aber das Leitbild der ‚Supranationalisierung‘ durch Vergemeinschaftung von Politikbereichen und des Aufbaus Europas nach föderalen Prinzipien und zunehmend, vor allem mit Blick auf die Länder, unter Beachtung der Subsidiarität.<sup>26</sup>

Diesem Leitbild entspricht eine Aufwertung der EU-Institutionen, allen voran des Europäischen Parlaments, und die Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen im Rat der Europäischen Union. Es war prägend für die deutsche Europapolitik bei den Regierungskonferenzen zu den Verträgen von Amsterdam und Nizza wie auch bei der Ausarbeitung einer Europäischen Verfassung am Anfang der 2000er Jahre und, nach ihrem Scheitern, bei der Aushandlung des aus ihr abgeleiteten Vertrags von Lissabon.<sup>27</sup> Zwar trat dann in der Finanz- und Schuldenkrise die von der Bundeskanzlerin so bezeichnete Unionsmethode hinzu, die auf intergouvernementale Elemente des Krisenmanagements, Parallelstrukturen und auch auf Arrangements außerhalb der EU-Verträge setzt.<sup>28</sup> Die Unionsmethode stellt

---

19 Vgl. in diesem Buch Christian Dreger: Der wirtschaftliche Nutzen Europas für Deutschland, S. 77-90.

20 Vgl. in diesem Buch Große Hüttmann sowie Ansgar Belke: Die WWU als Prozess ‚grand political bargains‘ zwischen Deutschland und seinen EU-Partnern, S. 261-280.

21 Vgl. Enderlein/Haas/Gnath in diesem Buch; auch in diesem Buch Hans-Wolfgang Platzer: Deutschland und die Europäische Sozialpolitik, S. 329-340, hier S. 330 und S. 338; Sebastian Dullien/Ulrike Guérot: The long shadow of ordoliberalism: Germany’s approach to the euro crisis, European Council on Foreign Relations, Policy Brief, 2012.

22 Vgl. Mathias Jopp/Andreas Maurer/Heinrich Schneider (Hrsg.): Europapolitische Grundverständnisse im Wandel, Bonn 1998.

23 Vgl. Walter Hallstein: Der unvollendete Bundesstaat. Europäische Erfahrungen und Erkenntnisse, Düsseldorf/Wien 1969.

24 Vgl. Große Hüttmann in diesem Buch.

25 Vgl. Callies in diesem Buch.

26 Vgl. Hrbek in diesem Buch.

27 Vgl. in diesem Buch Daniel Göler/Mathias Jopp: Deutschlands konstitutionelle Europapolitik, S. 45-60.

jedoch keinen Ersatz, sondern eine Ergänzung der Gemeinschaftsmethode um mitgliedstaatliches Handeln dar.<sup>29</sup>

Wenn es innerhalb der Europäischen Union keine Rechtsgrundlage gibt und selbst minimale vertragliche Anpassungen aufgrund von Widerständen einzelner Mitgliedstaaten (insbesondere Großbritanniens) nicht machbar sind, werden außervertragliche Initiativen mit den Staaten, die dazu bereit sind, ergriffen. Dies war zum Beispiel der Fall bei dem Schengener Übereinkommen, dem Protokoll über die Sozialpolitik und auch bei der europäischen Grundrechtecharta – durchaus mit der Absicht, wie ja dann auch nach einigen Jahren geschehen, diese Arrangements oder feierlichen Vereinbarungen später in den Vertragsrahmen der Europäischen Union zu überführen, was im Übrigen auch beim Fiskalvertrag von 2012 nach fünf Jahren vorgesehen ist.<sup>30</sup> Nachdem Willy Brandt in den 1970er Jahren das Konzept der differenzierten Integration ins Spiel gebracht hatte und spätestens seitdem im Schäuble/Lamers-Papier Mitte der 1990er Jahre die Idee eines Kerneuropas<sup>31</sup> und flexibler Integration favorisiert wurde, war man außerdem bestrebt, schon innerhalb der Rechtsordnung der Europäischen Union vertragliche Vorkehrungen zu schaffen, um denjenigen Mitgliedstaaten, die es wünschen, eine tiefere Integration zu ermöglichen. Der Leitgedanke ist hier ein Europa, in dem sich die Mitgliedstaaten notfalls in zwei oder mehreren Geschwindigkeiten auf ein gemeinsames Ziel hin bewegen – nicht, um die Langsameren auszuschließen, sondern um sie im Sinne eines Avantgardemodells<sup>32</sup> nachzuziehen. Dies hat Bundeskanzlerin Merkel im Februar 2017 bei ihrem Besuch in Warschau zum Ausdruck gebracht und dies findet sich auch in der Erklärung von Rom der Staats- und Regierungschefs der EU-27 (ohne Großbritannien) vom März 2017.<sup>33</sup> Wenn hierbei zum Beispiel durch die künftige Nutzung der Verstärkten Zusammenarbeit (VZ) das Intergouvernementale stärker hervortritt, wird das eher als notwendiges Übel und weniger als Hauptmotiv angesehen.

Dass deutsche Europapolitik Gefallen an intergouvernementaler Zusammenarbeit gefunden haben könnte, da in der Intergouvernementalität große Mitgliedstaaten einen stärkeren Einfluss haben, mag ein Nebeneffekt sein, der aber nicht überbetont werden sollte. Intergouvernementale Lösungen bieten natürlich auch die Chance, die Akzeptanz bei der Bevölkerung in bestimmten europapolitischen Bereichen wie etwa dem Krisenmanagement im Euroraum oder in der GSVP durch eine unmittelbare Legitimationskette zu stärken, da Bundesregierung und Bundestag das letzte Wort haben. Allerdings hat das

---

28 Siehe Rede von Bundeskanzlerin Merkel anlässlich der Eröffnung des 61. akademischen Jahres des Europakollegs Brügge, 2. November 2010, abrufbar unter: <https://www.bundestkanzlerin.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Reden/2010/11/2010-11-02-merkel-bruegge.html> (letzter Zugriff: 18.4.2016).

29 Hierzu kritischer in diesem Buch Roland Sturm: Die Europäisierung des deutschen Regierungssystems, S. 61-76, hier S. 64.

30 Siehe zum sogenannten Fiskalvertrag Bundesministerium der Finanzen: Vertrag über Stabilität, Koordination und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (SKS-Vertrag), Brüssel, 2. März 2012, Art. 16, abrufbar unter: [http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/2013-04-19-fiskalvertrag-deutsche-fassung.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=3](http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/2013-04-19-fiskalvertrag-deutsche-fassung.pdf?__blob=publicationFile&v=3) (letzter Zugriff: 21.4.2016).

31 Siehe CDU/CSU: Überlegungen zu europäischer Politik, 1. September 1994, abrufbar unter: <https://www.cduscu.de/upload/schaeublelamers94.pdf> (letzter Zugriff: 18.4.2016).

32 Vgl. Joschka Fischer: Vom Staatenbund zur Föderation – Gedanken über die Finalität der europäischen Integration, in: *integration* 3/2000, S. 149-156.

33 Europäischer Rat/Rat der Europäischen Union: Die Erklärung von Rom, 25. März 2017, abrufbar unter: <http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2017/03/25-rome-declaration/> (letzter Zugriff: 10.4.2017).

intergouvernementale Europa auch große Nachteile, die in der Schwerfälligkeit einstimmiger Entscheidungsfindung und der Schwäche der Durchsetzung intergouvernementaler Absprachen liegen. Deutschland ist deshalb mit seiner überwiegenden Orientierung an der Vergemeinschaftung nicht nur gut gefahren, weil dieses Modell sich in den Vertragsreformen seit der Einheitlichen Europäischen Akte Zug um Zug behauptet hat, sondern auch deshalb, weil Deutschland durch seine Einbettung in die europäischen Institutionen für die anderen Partner am ‚verdaulichsten‘ blieb.<sup>34</sup> Durch seine Selbstbindungsbereitschaft hat Deutschland schließlich in hohem Maße zur Stabilität und Fortentwicklung des im Vergleich zur intergouvernementalen Zusammenarbeit wesentlich effizienteren Gemeinschaftssystems beigetragen.<sup>35</sup>

Die Integration Deutschlands in die europäische und später auch in die atlantische Gemeinschaft kann als übergreifendes Leitprinzip für alle Bundesregierungen angesehen werden. Das Ziel europäischer ‚Supranationalität‘ und die Verpflichtung auf europäische Integration als deutsches Verfassungsprinzip waren dabei ganz wesentlich, um nach dem Zweiten Weltkrieg die Akzeptanz in der europäischen Völkergemeinschaft und – in ferner Zukunft – die nationale Souveränität eines wiedervereinten Landes zu erlangen.<sup>36</sup> Aus deutscher Perspektive war Integration deshalb nicht mit Preisgabe der Souveränität verbunden, sondern ganz im Gegenteil mit ihrer Rückgewinnung (und letztlich auch mit der Wiedererlangung der nationalen Einheit).<sup>37</sup> Die Antwort auf die damit längere Zeit verbundene Frage, ob die deutsche Teilung durch Westintegration vertieft und gar zementiert oder durch feste Verankerung Deutschlands in einen starken Westen erst ermöglicht würde, hat sich durch den Gang der Geschichte erledigt.<sup>38</sup> Gerade die feste Verankerung Deutschlands in den Europäischen Gemeinschaften und die wenige Monate nach der Einheit begonnenen Verhandlungen über die Schaffung einer Europäischen Union im Rahmen des später so bezeichneten Vertrags von Maastricht mit der Planung einer Währungsunion, welche die Abschaffung der D-Mark und damit insbesondere aus französischer Sicht vermeintlich eine Schwächung des gewachsenen deutschen Partners zur Folge haben würde,<sup>39</sup> erleichterte die Akzeptanz der Wiedervereinigung bei den westeuropäischen Partnern und vermutlich aufgrund des Zivilmachtcharakters und der nicht-hegemonialen Struktur der Europäischen Gemeinschaften/Europäischen Union (im Unterschied zur NATO) auch auf Seiten der damaligen UdSSR.

Mit dem Wegfall der alliierten Vorbehaltsrechte gegenüber Berlin und Deutschland als Ganzes nach dem Abschluss des Zwei-plus-Vier-Vertrags und der Wiedervereinigung Deutschlands stellte sich natürlich die Frage nach der künftigen Politik Deutschlands in Europa. Würde Deutschland im gleichen Maße wie zuvor zur Übertragung von Hoheits-

---

34 Vgl. Peter J. Katzenstein: *United Germany in an Integrating Europe*, in: Peter J. Katzenstein (Hrsg.): *Tamed Power. Germany in Europe*, Ithaca (NY) 1997, S. 1-48.

35 Vgl. in diesem Buch Ulrich Krotz/Joachim Schild: *Frankreich – unverzichtbarer Partner deutscher Europapolitik*, S. 435-448, hier S. 442.

36 Dies ergibt sich aus der Präambel des Grundgesetzes vom Mai 1949 sowie aus Art. 24 und Art. 23 GG in seiner Fassung von 1992.

37 Vgl. Gisela Müller-Brandeck-Bocquet: *Europapolitik als Staatsräson*, in: Manfred G. Schmidt/Reimut Zohlnhöfer (Hrsg.): *Regieren in der Bundesrepublik Deutschland. Innen- und Außenpolitik seit 1949*, Wiesbaden 2006, S. 467-490.

38 Vgl. Beichelt: *Deutschland und Europa, 2015*, S. 131 ff.; Wilfried Loth: *Europas Einigung. Eine unvollendete Geschichte*, Frankfurt/New York 2014, S. 26-119; Heinrich August Winkler: *Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte vom „Dunklen Reich“ bis zur Wiedervereinigung*, 5. Aufl., München 2010.

39 Vgl. Belke in diesem Buch.

rechten auf die europäische Ebene und zu einer aktiven Europa verpflichteten Rolle bereit sein, nachdem es seine grundlegenden Ziele der vollständigen nationalen Souveränität und der nationalen Einheit erreicht hatte? Würde es zu einem ‚normalen‘ Mitgliedstaat werden,<sup>40</sup> der, wann immer er kann, auf die Durchsetzung seiner nationalen Interessen dringt, oder gar zu einer „nationalistischen hegemonialen“ Politik zurückkehren?<sup>41</sup>

### **Selbstbindung und Pragmatisierung**

Allen Befürchtungen zum Trotz haben sich die Einhebungsbedürfnisse der europäischen Partner mit der nach wie vor großen Selbstbindungsbereitschaft Deutschlands sehr gut ergänzt. Das Motivbündel hatte sich aber leicht verändert. Der deutschen Einheit sollte die Wiedervereinigung des Kontinents, das heißt die Überwindung der Teilung Europas, folgen. Es ging aus deutscher Sicht vor allem auch um die Aussöhnung mit Polen<sup>42</sup>, um die Erschließung neuer Märkte und um die Stabilisierung Mittel- und Osteuropas nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime.<sup>43</sup>

Für Deutschland selbst hatte sich zudem die europäische Integration als Handlungsrahmen bewährt. Das Land hatte von der Europäischen Union wirtschaftlich profitiert, die europäischen Institutionen arbeiteten trotz des historisch einmaligen Experiments eines Staatenverbunds mit supranationalen und intergouvernementalen Elementen relativ reibungslos. Das Bewusstsein über den neuen Status eines voll souveränen wiedervereinten Staates mit potentiell zur Verfügung stehenden erweiterten oder gar neuen Handlungsoptionen breitete sich ohnehin nur langsam unter den für Außen- und Europapolitik Zuständigen aus. Erste entsprechende Gehversuche durch eine um drei Wochen vor den anderen EG-Mitgliedstaaten erfolgte Anerkennung Sloweniens und Kroatiens, um Druck auszuüben und den Weg für die Möglichkeit der Stationierung von UN-Blauhelmen im zerfallenden Jugoslawien zu ebnen, wurden durch eine Quasi-Ächtung deutscher Diplomaten geahndet. Hinzu kam freilich, dass Deutschland damals nicht bereit war, zum militärischen Engagement der Vereinten Nationen (UNPROFOR) im ehemaligen Jugoslawien beizutragen.<sup>44</sup> Ein Hang zum Unilateralismus konnte aus diesen Zusammenhängen nicht abgeleitet werden. Der Kurs der deutschen Europapolitik hatte sich jedenfalls nicht wesentlich geändert. Stärker in den Vordergrund rückte allerdings die Verwirklichung deutscher Interessen in der und durch die Europäische Union.

Auch zuvor hatte Deutschland schon im Sinne seiner Interessen gehandelt. Seit Ende der 1990er Jahre wurden sie jedoch, wie zum Beispiel durch den damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder, selbstbewusster vertreten.<sup>45</sup> Gleichzeitig brachte aber das von Außenminister Fischer im Jahr 2000 erneut aufgegriffene und von Bundeskanzler Schröder

---

40 Vgl. Simon Bulmer/William E. Paterson: Germany and the European Union: from ‘tamed power’ to normalized power?, in: *International Affairs* 5/2010, S. 1051-1073.

41 Vgl. in diesem Buch Barbara Lippert: Die Bundesrepublik Deutschland und die Erweiterung der Europäischen Union, S. 393-406, hier S. 367.

42 Vgl. in diesem Buch Agnieszka Lada: Die bilateralen Beziehungen Polens mit Deutschland und das Weimarer Dreieck – eine polnische Sichtweise, S. 473-486.

43 Vgl. Lippert in diesem Buch.

44 Vgl. Mathias Jopp (Hrsg.): *The Implications of the Yugoslav Crisis for Western Europe's Foreign Relations*, Chaillot Papers 17, Paris 1994; Mathias Jopp: *The strategic implications of European integration*, London 1994. Die EG vollzog die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens am 15. Januar 1992.

45 Mildner stellt dies in diesem Buch auch gegenwärtig im Rahmen der EU-Handelspolitik fest.

der und anderen mitgetragene Projekt einer europäischen Verfassung in hohem Maße die Selbstbindungsbereitschaft Deutschlands in Europa zum Ausdruck.

Dennoch wird mit Blick auf die restriktivere Haltung Deutschlands in den Haushaltsverhandlungen<sup>46</sup> der Europäischen Union oder bei dem Versuch der Durchsetzung spezifischer Schutzinteressen etwa für die Automobilindustrie die ‚Normalisierung‘ der deutschen Außen- und Europapolitik identifiziert und ihr ein größerer ‚Realismus‘ oder ‚Pragmatismus‘ zugesprochen.<sup>47</sup> Die Erfahrung, die europäische Integration wesentlich mitgestalten zu können, sowie die Erkenntnis, in einer zunehmend globalisierten und multipolaren Welt gegenüber existierenden und aufstrebenden Mächten gerade durch die Europäische Union, ihre Marktmacht und die gemeinsame Währung Einfluss ausüben zu können und aufgrund des deutschen Gewichts in der Europäischen Union auch in der Außenwahrnehmung seitens Dritter zu profitieren, erklärt einen Teil der heutigen Bindungsbereitschaft Deutschlands an die Europäische Union. Sie entspricht einem Politikverständnis, welches das Gewicht der Europäischen Union im internationalen Verteilungskampf um Rohstoffe und Absatzmärkte ins Spiel bringt. Hinzu kommt ganz im Sinne des „interessengeleiteten Pragmatismus“, der in diesem Buch von vielen Autoren thematisiert wird, das utilitaristische Motiv, sich der Europäischen Union zu bedienen, wenn es Deutschland nutzt, und andere Wege zu beschreiten, wenn dies nicht der Fall ist, oder sich jedes multilateralen Rahmens zu bedienen, der sich bietet, sei es die Europäische Union, die NATO, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) oder andere Formate.<sup>48</sup> Der wesentliche Unterschied besteht im Falle der Europäischen Union darin, dass sie für die deutsche Politik der „bevorzugte Handlungsrahmen zur Verfolgung nationaler Präferenzen und Interessen“<sup>49</sup> ist. Deutschland verfügt in der Europäischen Union über die größten Einflusschancen, anders als in der NATO, in der die USA die Führungsmacht sind, oder den Vereinten Nationen, wo Deutschland nicht zu den Ständigen Mitgliedern im Sicherheitsrat gehört.

### **Hegemon Deutschland?**

Im Zuge des Managements der Finanz- und Schuldenkrise im Euroraum und der damit einhergehenden Akzentuierung der intergouvernementalen Zusammenarbeit kam die Diskussion um Macht und Hegemonie der Deutschen in Europa in verstärktem Maße auf.<sup>50</sup> In Italien wurde gar die These eines „Vierten Reichs“<sup>51</sup> vertreten und in Deutschland beschäftigte man sich in Verlängerung der älteren Zentralmachtthese<sup>52</sup> mit der „Macht in

---

46 Vgl. in diesem Buch Peter Becker: Zwischen Zuchtmeister und Zahlmeister – Deutsche Europapolitik und die europäischen Finanzverhandlungen, S. 217-230.

47 Vgl. Lippert, Große Hüttmann und Göler/Jopp in diesem Buch.

48 Vgl. Becker und Müller-Brandeck-Bocquet in diesem Buch sowie Barbara Lippert: Deutsche Europapolitik zwischen Tradition und Irritation. Beobachtungen aus aktuellem Anlass, SWP-Arbeitspapier, Berlin 2015, S. 6.

49 Beichelt in diesem Buch, hier S. 184.

50 Vgl. Simon Bulmer/William E. Paterson: Germany as the EU's reluctant hegemon? Of economic strength and political constraints, in: Journal of European Public Policy 10/2013, S. 1387-1405.

51 Vgl. Vittorio Feltri/Gennaro Sangiuliano: Il Quarto Reich. Come la Germania ha sottomesso l'Europa, Mailand 2014; in diesem Buch Michael Kreile: Deutsch-italienische Renaissance?, S. 457-472, hier S.460.

52 Vgl. Hans-Peter Schwarz: Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne, München 1998.

der Mitte<sup>53</sup>. Münkler stellt zwar die Verantwortung Deutschlands aufgrund seiner Größe und seiner Mittellage für die Aufrechterhaltung und das Funktionieren der europäischen Integration in den Vordergrund. Insgesamt führt aber die Hegemonie-Diskussion insofern nicht weiter, als Deutschland der Wille und die Potentiale eines Hegemons fehlen, der wirtschaftlichen Ausgleich und sicherheitspolitischen beziehungsweise militärischen Schutz anbieten kann und notfalls auch leistet.<sup>54</sup> Die Tatsache, dass das Inlandsprodukt Deutschlands um ein Viertel über dem Großbritanniens liegt, dessen Inlandsprodukt wiederum größer als das Frankreichs und auch das Italiens ist, und dass das deutsche Wirtschaftspotential schon allein durch die größere Bevölkerungszahl zu Buche schlägt, ist unübersehbar. Das bedeutet, dass Deutschland im intergouvernementalen Setting des Finanzkrisenmanagements bei der Verteilung wirtschaftlicher Risiken und Haftung ein gewichtiges, wenn nicht gar das entscheidende Wort zukommt. Deshalb passt hier auch die Figur des Vetospielers eher als die des Hegemons, zumal Großbritannien als Mitspieler aufgrund seiner Nichtmitgliedschaft im Euroraum weitgehend außen vor war und Italien sowie Frankreich selbst durch die Krise gefesselt waren.

### **Europäisierung**

Wie wenig zielführend die Hegemonie-Diskussion ist, zeigt sich an der in diesem Buch sehr deutlich herausgearbeiteten Europäisierung Deutschlands.<sup>55</sup> In etlichen Beiträgen wird veranschaulicht, wie Deutschland in verschiedenen Politikbereichen trotz mancher Widerstände bereits tief in die Europäische Union integriert ist,<sup>56</sup> ohne dass dies erstaunlicherweise selbst den zuständigen Fachpolitikern immer bewusst ist oder von ihnen berücksichtigt wird. Dies wurde besonders deutlich bei der zunächst rein national vollzogenen Energiewende.<sup>57</sup> Die Europäische Union ist seit Maastricht und spätestens seit Lissabon ein so fester Bestandteil von Deutschland und umgekehrt Deutschland von der Europäischen Union geworden, dass beide in etlichen Integrationsbereichen kaum noch voneinander zu trennen sind. Dies zeigt sich unter anderem bei folgenden Politiken: (1) der Wettbewerbspolitik im einheitlichen Binnenmarkt,<sup>58</sup> bei der sich letztlich sogar die großen deutschen Energieversorger den Forderungen der Europäischen Kommission anpassten;<sup>59</sup> (2) der Umweltpolitik, wo Deutschland seit den 1980er Jahren einerseits Vorreiter ist, andererseits in spezifischen Interessenbereichen wie der Automobilindustrie zu blockieren oder zu ‚bremsen‘ versuchte, letztlich aber die Einführung der Altautorichtlinie und die europäischen Grenzwerte für die Automobilindustrie nur verzögern und teilweise verwässern konnte;<sup>60</sup> (3) der Asyl- und Visapolitik, in der Deutschland zwar im Zuge der Flüchtlingskrise treibende Kraft wurde, früher aber bei als zu weitreichend empfundenen Vorschlägen, wie zum Beispiel in den bisherigen Reformen des Dublin-Verfahrens,

---

53 Herfried Münkler: *Macht in der Mitte. Die neuen Aufgaben Deutschlands in Europa*, Hamburg 2015.

54 Vgl. Krotz/Schild in diesem Buch, hier S. 448.

55 Vgl. Beichelt: *Deutschland und Europa*, 2015 sowie Sturm in diesem Buch.

56 Vgl. Kap. IV und V in diesem Buch; Wolfgang Wessels: *An ever closer fusion? A dynamic macropolitical view on integration processes*, in: *JCMS: Journal of Common Market Studies* 2/1997, S. 267-299.

57 Vgl. in diesem Buch Severin Fischer: *Die deutsche Energiewende in der Europapolitik*, S. 317-328.

58 Vgl. Klodt in diesem Buch.

59 Vgl. Fischer in diesem Buch.

60 Vgl. in diesem Buch Barbara Saerbeck/Helge Jörgens: *Deutsche Interessen und Prioritäten in der europäischen Umweltpolitik*, S. 305-316.

häufig nur mit „angezogener Handbremse“<sup>61</sup> fuhr; (4) dem Verbraucherschutz, bei dem Deutschland je nach Themen und Interessen mal Motor, mal Bremser ist und heute auch in Deutschland durch europäisches Recht geprägte Verbraucherschutzbestimmungen etwa im Handel wie im Dienstleistungs- und Reisebereich gelten;<sup>62</sup> und (5) in der europäischen Geldpolitik, die einen von den ursprünglichen deutschen Vorstellungen abweichenden Verlauf genommen hat.<sup>63</sup> Es zeigt sich auch an der früh einsetzenden Europäisierung der deutschen Interessenverbände,<sup>64</sup> der Europäisierung des Bundestages im Zusammenhang mit dem Vertrag von Maastricht und insbesondere dem Vertrag von Lissabon<sup>65</sup> sowie auch an den Bemühungen des BVerfG, ein Kooperationsverhältnis mit dem Gerichtshof der Europäischen Union in klagebedingten Streitfragen über die Ausübung von auf die europäische Ebene übertragenen Hoheitsrechten herzustellen.<sup>66</sup> Schließlich sind die deutschen Länder zu nennen, die Abwehrpositionen aufgebaut, aber auch Mitgestaltungsrechte in der Europapolitik zum Beispiel durch Art. 23 GG erhalten haben, um ihre Kompetenzen in den Bereichen Bildung, Innenpolitik und Daseinsvorsorge zu wahren.<sup>67</sup> Selbst in der Außen- und Sicherheitspolitik hat sich Deutschland teilweise den vorherrschenden französischen und britischen Intergovernmentalitätsvorstellungen angenähert.<sup>68</sup>

### **Die Gestaltung des politischen Systems der Europäischen Union durch Deutschland**

Europäisierung ist allerdings keine Einbahnstraße. Deutschland hat wie kaum ein anderer Mitgliedstaat die Polity der Europäischen Union gestaltet, beeinflusst und ihre Entwicklung durch die Verfassungsgerichtssprechung auch wieder begrenzt. Schon die Ausgestaltung des gemeinsamen Marktes und die damit verbundene Wettbewerbsordnung gelang nach deutschen Vorstellungen im Gegenzug zur Realisierung französischer Wünsche in der Agrarpolitik. Die Aufwertung des Europäischen Parlaments durch alle Vertragsreformen bis hin zur annähernden Gleichstellung mit dem Rat der Europäischen Union im Mitentscheidungsverfahren nach dem Vertrag von Maastricht und im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens nach dem Vertrag von Lissabon entsprach ebenfalls ganz wesentlich deutschen Vorstellungen über die demokratische Organisation des europäischen Gemeinwesens im legislativen Bereich.

Auch die Ausgestaltung der WWU mit einer unabhängigen, der Preisniveaustabilität verpflichteten EZB war nichts anderes als der Versuch, das deutsche Bundesbank-System auf die europäische Ebene zu übertragen. Dass hierbei anhaltende Stagnationsrisiken bei einigen Mitgliedstaaten und Deflationsgefahren im gesamten Euroraum nicht vorge-sehene Szenarien und die Stimmengewichtung im EZB-Rat nicht unbedingt zur Sicherung deutscher Vorstellungen geeignet waren, gehört zu den Konstruktionsmerkmalen der Währungsunion, die damals, solange die vertraglich festgelegte Zielorientierung Preisni-

---

61 Tekin in diesem Buch, hier S. 343.

62 Vgl. in diesem Buch René Repasi/Cara Catharina Stauß: Deutsche Positionen in den verbraucherschützenden Politiken, S. 229-316.

63 Vgl. Enderlein/Haas/Gnath sowie Belke in diesem Buch.

64 Vgl. von Winter in diesem Buch.

65 Vgl. Hölscheidt und Abels in diesem Buch; Axel Schäfer/Fabian Schulz: Der Bundestag wird europäisch – zur Reform des Beteiligungsgesetzes EUZBBG, in: *integration* 3/2013, S. 199-212.

66 Vgl. Calliess in diesem Buch.

67 Vgl. Hrbek in diesem Buch.

68 Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet in diesem Buch.